

# PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL MdL

02.08.2018

## Verkehrsverbund Rhein-Neckar wird Modellregion

Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg hat den Verkehrsverbund Rhein-Neckar mit den Städten Mannheim und Heidelberg sowie weitere Städte als Modellkommunen für das Gutachten zu „Finanziellen Auswirkungen von kommunalen Instrumenten der Drittnutzerfinanzierung im ÖPNV“ ausgewählt.

### **Gutachten für vier ausgewählte Kommunen**

Mit dem Ziel die finanziellen Auswirkungen neuer ÖPNV-Finanzierungsansätze und -instrumente zu ermitteln, hat das Verkehrsministerium derzeit ein Gutachten ausgeschrieben. Dabei sollen gemeinsam mit Kommunen bzw. Regionen unterschiedlicher Größe, Verbundstruktur und Rahmenbedingungen modellhaft Einnahmepotentiale und damit finanzierbare Angebotsverbesserungen im ÖPNV untersucht werden. Es geht ausdrücklich darum, Alternativen zu den ständigen Fahrpreiserhöhungen der Verbünde auszuloten. Der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl lobte diese Initiative ausdrücklich. Die ausgewählten vier Modellkommunen bzw. -Regionen aus allen Regierungsbezirken ermöglichen nun die Betrachtung einer Verbundregion sowie einer Groß-, Mittel- und Kleinstadt.

### **Ziel: Auswahl an Finanzierungsinstrumenten**

Die Arbeiten am Gutachten sollen im Sommer 2018 beginnen und etwa ein Jahr in Anspruch nehmen. Neben den vier Modellkommunen sollen auch weitere interessierte Kommunen eingebunden werden und von den Ergebnissen profitieren. Langfristiges Ziel ist es, dass Gebietskörperschaften im Land die notwendige Freiheit erhalten, um auf gesicherter Rechtsgrundlage selbst über die Einführung des für sie passenden Finanzierungsinstruments zu entscheiden. Daher sollen auch juristische Eckpunkte für den erforderlichen Rechtsrahmen zur Umsetzung der Instrumente erarbeitet werden.

### **Herausforderung ÖPNV-Finanzierung**

Uli Sckerl zu dem Vorhaben: „Ein attraktives und leistungsfähiges ÖPNV-Angebot trägt maßgeblich zum Klimaschutz, zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz in unseren Kommunen bei. Problematisch ist, dass die ÖPNV-Fahrpreise in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen sind als die allgemeinen Lebenshaltungs- oder Mobilitätskosten. Gleichzeitig stehen die Kommunen vor der Herausforderung, dass die ÖPNV-Finanzierung angesichts knapper Haushaltsmittel zunehmend schwierig ist. Daher lohnt es sich für Kommunen, weitere Instrumente in den Blick zu nehmen. Wir erhoffen uns neue Erkenntnisse von dem Gutachten“.

---

### **Zusätzliche Information**

Bereits 2017 hat das Ministerium für Verkehr die Ergebnisse der Grundlagenuntersuchung *„Instrumente zur Drittnutzerfinanzierung für den ÖPNV in Baden-Württemberg“* veröffentlicht. Auf konzeptionell-theoretischer Ebene wurden darin verschiedene Finanzierungsinstrumente skizziert und untersucht. Attraktiv erscheint der Gedanke eines Mobilitätspasses, der zur Nutzung u.a. von ÖPNV-Angeboten zu einem günstigen Preis berechtigt und gleichzeitig über die damit generierten Einnahmen den Verbesserungen im ÖPNV-Angebot dient. Im ausgeschriebenen Gutachten sollen daher gemeinsam mit den vier Modellkommunen die finanziellen Effekte des Mobilitätspasses in drei unterschiedlichen Ausgestaltungen beispielhaft berechnet werden. Dabei werden verschiedene Adressaten betrachtet: die Bürgerinnen und Bürger („Bürgerticket“), die Kfz-Halterinnen und -Halter („Nahverkehrsabgabe“) oder die Kfz-Nutzerinnen und -Nutzer („Straßenbenutzungsgebühr“).